

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mtl., bei Selbstabholung 5.50 Mtl. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mtl. für einen Monat 6.— Mtl. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig:**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Insertenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 2.50 Mtl., bei Plavorschrist 3.— Mtl.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 2.— Mtl., Reklame-Kolonelle 10.— Mtl. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Akademie für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Ablegung der Habsburger beschlossen.

Budapest, 6. November. Die Nationalversammlung hat heute einstimmig in dritter Lesung den Gesetzentwurf über den Verzicht der Herrscherrechte des Erzherzogs Karl und das Erlöschen des Thronfolgerechtes des Hauses Habsburg angenommen.

Budapest, 7. November. (U.) Nach Schluß der Plenumsitzung über die Entthronung der Habsburger kam es in den Verhandlungen zu einer Verständigung zwischen dem kaisertreuen Abgeordneten Smrecnjani und dem Abgeordneten Gabriel Bentó. Bentó hatte in der Sitzung der Nationalversammlung den Zwischenruf gemacht: „Karl war der erste Deserteur, denn er hat als erster das Land verlassen!“ Smrecnjani zog Bentó nun nach Schluß der Sitzung deshalb zur Verantwortung und verurteilte ihn einige Mauthellen. Bentó wollte sich zur Wehr setzen, jedoch warfen sich einige Abgeordnete dazwischen. Nun zog Bentó einen Revolver aus der Tasche und wollte auf Smrecnjani feuern. Die Waffe wurde ihm jedoch von Freunden Smrecjanis aus der Hand entwunden.

Antwort der Bolschewikerkonferenz an die Tschecho-Slowakei.

Prag, 5. November. Freitagabend erschienen beim Ministerpräsidenten Dr. Benesch die Gesandten der alliierten Mächte, um ihm die letzte Entschliessung der Bolschewikerkonferenz als Antwort auf die Note der tschechoslowakischen Regierung mitzuteilen. Sie lehnten die tschechoslowakische Regierung von der Note an Ungarn in Kenntnis und teilten mit die Bolschewikerkonferenz erwarte, daß durch die Unterwerfung Ungarns unter deren Bedingungen alle Befürchtungen der Ungarn benachbarten Staaten beseitigt würden. Die Bejahung einer Entschliessung für die Mobilisierung müsse gegebenenfalls nach den Forderungen rangieren, die sich aus dem Vertrag von Trianon ergeben.

Der Kampf um Westungarn.

Wien, 6. November. Eine Zeitungs-Korrespondenz erzählt von wohlinformierter Seite: Ein Teil der Banden in Westungarn benimmt sich an der Trianonergrenze zu konzentrieren. Der größte Teil verbleibt jedoch in Westungarn, wo er eine rege Tätigkeit entfaltet. Unter Hinweis auf das Protokoll von Venedig verlangte die österreichische Regierung bei Festlegung der Bestimmungen für die Volksbefragung in Oedenburg in zweifelhafte Weise mitwirken zu können, was nur auf Grund von Verhandlungen zwischen der österreichischen Regierung und den Parteien bzw. der ungarischen Regierung möglich ist. Das österreichische Außenamt hat hierzu die nötigen Schritte bereits unternommen, die ungarische Regierung hat aber die ganze Angelegenheit hinsichtlich behandelt und sucht nun allem Anschein nach denjenigen Teil der Banden, der ihrem Einfluß untersteht, zum Abzug zu bewegen, um durch die Generalkommission die Pazifizierung des Landes feststellen zu lassen und derart Österreich in der Frage der Volksabstimmung zu überrumpeln. Die österreichische Regierung hat unverzüglich gegen dieses Vorgehen Stellung genommen und den Hauptmächten und Ungarn die amtliche Mitteilung zugehen lassen, daß sie einer solchen Taktik gegenüber sich zu der Annahme veranlaßt sehen müsse, daß Ungarn die Grundlagen der Venediger Vereinbarung verletze, was deren Umwandlung in einen den österreichischen Staat bindenden Vertrag äußerst erschweren würde. Die Entscheidung ist in wenigen Tagen zu erwarten.

Oberst Behar in Deutschland?

Berlin, 7. November. (Eigene Drahtmeldung.) Wie die Berliner Montagpost mitteilt, traf gestern bei der Familie des Komponisten Franz Behar in Wien die Meldung ein, daß sein Bruder, der Oberst Behar, der als der militärische Führer des letzten Staatsreiches von der Budapest-Staatsregierung politisch gesucht wird und gegen den ein Haftbefehl erlassen ist, bei Komorn die Donau durchschwommen habe und über Prag an die bairische Grenze gelangte, die er ebenfalls überschreitet. Die Meldung sei allerdings vorläufig noch nicht bestätigt.

Neue Kriegsgefahr im Osten?

Moskau, 5. November. (O.E. Funkpruch.) Im Augenblick des endgültigen Abchlusses des russisch-polnischen Abkommens verlangt die polnische Militärleitung von neuem den Friedensvertrag zu verfechten. Pottjura-Abteilungen sind plötzlich von polnischer Seite vorgezogen, über die ukrainische Grenze vorgezogen und haben Kaffatyn und Korodol besetzt. Bei Kamenez-Podolsk finden Kämpfe statt. Die Pottjura-Truppen verziehen sich in den Besitz der Eisenbahnlinie zu legen, um den Vormarsch auf Kiew zu beginnen. Aus Polen folgen den vordringenden Pottjura-Abteilungen neue Formationen, die in polnischen Zügen besetzt werden.

Riga, 5. November. (O.E.) In den Kreisen der Sowjetregierung wird, nach einer Moskauer Meldung, von einem neuen Angriffskrieg Polens gegen die Sowjetrepublik gesprochen. Man meint, daß Polen beschließen, dadurch die durch die Anerkennung der alten Auslandsbehörden sich anbahnende Verständigung Sowjetrusslands mit den Großmächten gewaltfam zu durchkreuzen.

England und das französisch-türkische Abkommen.

U. Paris, 7. November. Aus London wird dem Petit Parisien gemeldet, daß zwischen London und Paris Verhandlungen eröffnet werden, um festzustellen, inwieweit die englischen Einwände gegen den Vertrag von Angora berechtigt sind, und um Differenzen beizulegen. Von verschiedenen Seiten wird vorgeschlagen, die Angelegenheit der Bolschewikerkonferenz oder dem Völkerbundsrat zu überweisen.

Die Bedingungen der Industriellen.

Berlin, 5. November. Die heutige außerordentliche Mitgliederversammlung des Reichsverbands der deutschen Industrie hat nach sechstägigen Verhandlungen nachstehende Erklärung einstimmig beschlossen:

Der Reichsverband der deutschen Industrie ermächtigt seinen für die Behandlung der Angelegenheit der Kredithilfe eingesetzten Ausschuss, der angemessen zu ergänzen ist, unter Zuziehung der deutschen Banken die Verhandlungen mit der Reichsregierung mit dem Ziele weitgehender geldlicher Stützung des Reichs für Reparationszwecke fortzusetzen unter folgenden Voraussetzungen:

Es muß gleichzeitig Sicherheit dafür gegeben werden, daß Reichsregierung und Reichstag eine sparsame Finanzwirtschaft auf allen Gebieten des Staatslebens unverzüglich eintreten lassen und das Wirtschaftsleben von allen die freie Betätigung und Entwicklung schädigenden Fesseln befreien. Insbesondere müssen die Reichs- und sonst in öffentlicher Hand befindlichen Betriebe derart behandelt werden, daß sie nicht weiter die öffentlichen Finanzen belasten, sondern sie entlasten. Ein Ziel unserer inneren Wirtschaftspolitik muß sein, alle in der Wirtschaft vorhandenen nicht voll beschäftigten Kräfte sicher zu produktiver Arbeit zu bringen. Die Industrie muß die Sicherheit haben, daß durch ihre Mitarbeit aus unproduktiven Unternehmungen Unternehmungen gemacht werden, die solche Erträge bringen, daß sie zur Verzinsung und Tilgung des geplanten Gelddarlehens ausreichen und die sehr vorübergehend und freiwillig eintretende Industrie entlasten.

Es wurde weiter beschlossen, daß, wenn ein fester Plan für die Durchführung der Kredithilfe vorliegt, eine Mitgliederversammlung des Reichsverbands der deutschen Industrie damit beauftragt werden soll.

Der österreichische Staatshaushalt.

150 Milliarden Kronen Defizit.

Berlin, 7. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die politische Korrespondenz schreibt aus Wien: In der Dienstagsitzung des Nationalrates wird die Bundesregierung das Budget für 1922 einbringen, das ein Defizit von ungefähr 150 Milliarden Kronen aufweist. Die über das Finanzprogramm der Regierung schwebenden Verhandlungen seien zum großen Teil abgeschlossen und es könne als ein Zeichen des Vertrauens des Auslandes gewertet werden, daß es zum ersten Male ohne besondere Sicherstellungen gelungen sei, die Getreideversorgung und auch einen großen Teil der übrigen Lebensmittel auf mehrere Monate hinaus zu gewährleisten.

Gegen den Rüstungswahn in.

Aus London wird berichtet: Im Unterhaus fand eine Aussprache über die Konferenz in Washington statt. Bei Einbringung einer Entschliessung, in der erklärt wird, das Unterhaus stimme der internationalen Konferenz in Washington warm zu und vertraue darauf, daß die größten Anstrengungen gemacht werden, um zu einer Vereinbarung zu gelangen, die eine wesentliche und sicheresprechende Abschwächung der drückenden Rüstungslasten sichere, sagte der Arbeiterführer Clynes, eine Generation und vielleicht mehr sei notwendig, um die im Kriege erlittenen Verluste wieder gutzumachen. Der Bäckerbund sei für seine Zwecke unvollständig. Wenn die Konferenz nicht den Rüstungen auf den Grund gehe, so bestehe wenig Hoffnung auf eine Verminderung der Rüstungen. Durchschnittlich würden 20 Prozent der Staatsausgaben zur Aufrechterhaltung der Rüstungen und neuen Kriegsvorbereitungen verwendet. Die internationale Finanzkonferenz in Brüssel habe bewiesen, daß die Welt sich diese Ausgaben nicht leisten könne. Im letzten Kriege seien 9 Millionen Menschen getötet und 30 Millionen zu Krüppeln gemacht oder verwundet worden. Der Krieg habe den Nationen, die daran teilnahmen, nicht weniger als 50 Milliarden Pfund gekostet; für England hätten die Kosten 8 Milliarden Pfund betragen. Es gebe keine größere Verschwendung als die Aufrechterhaltung von Heeren und Flotten, und keine bessere Gelegenheit zur Herabsetzung der Ausgaben sei den Staatsmännern und Wirtschaftlern geboten als die augenblickliche. Die Welt brauche ein Beispiel. Man habe Deutschland die Vorteile vor Augen gehalten, die sich für dieses Land ergeben und die es in den Stand setzen würden, die Reparationen zu zahlen, wenn es keine kostspielige Flotte und kein kostspieliges Heer zu unterhalten brauche. Wenn die Alliierten diese Lehre predigten, so müßten sie sie auch auf sich anwenden. Der nächste Krieg werde Frauen und Kinder nicht weniger töten und verwunden als Männer und vielleicht die Zerkürung der Zivilisation bedeuten. Man habe von einer furchtbaren neuen Künftigkeit gehört, von der drei Tropfen, auf die Haut gebracht, genügen, um den Tod zu bringen und die in großen Mengen hergestellt werden könne. Es sei erklärt worden, daß Flugzeuge, die diese Künftigkeit mit sich führten, die Bevölkerung einer ganzen Stadt in wenigen Stunden töten könnten. — Im weiteren Verlaufe der Sitzung des Unterhauses erklärte Sir Robert Cecil, ein Mitarbeiter der Washingtoner Konferenz würde eine furchtbare Katastrophe bedeuten. Die von Clynes eingebrachte Entschliessung wurde einstimmig angenommen.

Rücktrittsabsichten Lloyd Georges?

London, 7. November. (U.) Der Daily Express erklärt, daß Lloyd George im Falle des Scheiterns der Verhandlungen mit Hitler seine Demission einreichen werde. Auch der größte Teil seiner Mitarbeiter werde seinem Beispiel folgen.

Es ist erreicht.

Berlin, 5. November. Der Landtag hat in seiner heutigen Abend Sitzung den Mehrheitssozialdemokraten Otto Braun mit 197 von 338 abgegebenen Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt.

Das neue preussische Ministerium wird folgende Zusammensetzung finden:

- Präsident: Otto Braun (Soz.),
- Landwirtschaft: Dr. Wendorf (Dem.),
- Inneres: Severing (Soz.),
- Handel: Siering (Soz.),
- Unterricht: Dr. Voelk (D. Sp.),
- Finanzen: Dr. v. Richter (D. Sp.),
- Justiz: Dr. am Tschhoff (Zentr.),
- Wohlfahrt: Stegerwald (Zentr.?).

Stinnes triumphiert. Das Eis ist gebrochen. Die Rechtssozialisten haben den Pakt mit der Deutschen Volkspartei unterzeichnet. Damit ist der Wendepunkt in der Orientierung der Rechtssozialisten eingetreten, der auf Grund des Görtzler Beschlusses zu erwarten war. Severing und Braun zieren erneut die Sessel der preussischen Ministerien. Zwei Volksparteiler werden mit ihren großkapitalistischen Interessen das Belagewicht an den Seiten der rechtssozialistischen Koalitionsfreunde bilden. In Kassel hat sich Scheidemann über die neue Koalition verbreitet, und nicht nur darüber. Er besprach den häufigen Regierungswechsel überhaupt und sagte: Dies sei lediglich ein Symptom der schweren Krankheit unsres Volkes, wir letzten fort-dauernd im Fieber. Bei einem fieberkranken Menschen sei es dem Arzte bekannt, wann die Krisis eintreten werde.

Wir nähern uns ganz gewiß dem Zustande der Krisis. Die Entwertung der Mark geht mit Riesenschritten vorwärts und kein Mensch vermag heute zu sagen, wo der Sturz der Valuta sein Ende finden wird. Bankrottgerüchte laufen in der ganzen Welt umher, und selbst ein amtierender Reichsminister, Dr. Gessler, hat sich die Verbreitung derartiger Meldungen angelegen sein lassen, indem er am gestrigen Sonntag in Dresden erklärte, alle Spähen der Welt pfeifen bereits von den Dächern, daß wir in absehbarer Zeit nicht mehr zahlen könnten. Ohne tiefere Kenntnis der wirtschaftlichen Vorgänge haben sich diese Gerüchte in weiten Kreisen des Volkes in die bekannten Ausverkauferscheuungen umgemünzt. Man ergibt sich in das scheinbar unvermeidliche und sucht zu retten, was noch zu retten ist. Diese Symptome sind, wie Scheidemann sagt, untrüglich. Die Verelendung der Arbeiterklasse wird immer größer, Kartoffeln sind nicht mehr zu kaufen, selbst wenn das Geld dazu vorhanden wäre. So steht es mit Kohlen, Butter, Milch und allen übrigen Artikeln.

Das sind die Symptome hochgradigen wirtschaftlichen Fiebers. Es erhebt die Frage, welche Maßnahmen anzuordnen seien, damit der kranke Wirtschaftskörper die Krisis überwindet. Die kapitalistische Gesellschaft hat sich zu ihrer Überwindung als unfähig erwiesen und die kapitalistischen Profitinteressen verhindern den Wiederaufbau der Wirtschaft im Sinne der Allgemeinheit. Das Kapital war nur imstande, durch den Krieg niederzuretzen, vermag aber nicht aufzubauen, sofern seine Gewinninteressen dabei in Frage gestellt werden. Der Sturz der Valuta ist nur einzudämmen, wenn wir imstande sind, unsern Staatshaushalt in Ordnung zu bringen, wenn es uns gelingt, die Notenpresse zum Stillstand zu bringen, wenn es uns ferner gelingt, den besten Willen zur Begleichung der Entente-forderungen zu zeigen. Woran scheitern alle diese Reformen? An der Tatsache, daß die Kapitalistenklasse auch in dem Krisenzustande des deutschen Volkes nur ihre eigenen Interessen sieht und nicht das Interesse der Allgemeinheit in den Vordergrund zu stellen vermag.

Die Arbeiterklasse wird durch Lasten aller Arten bereits erdrückt. Dazu kommen die neuen Steuervorlagen, die in ihren Wirkungen zum weitaus größten Teil auf die Einkommen der Arbeiterklasse eingestrichelt sind. Alle Finanzfachverständigen sind der Auffassung, daß aus den Reihen der arbeitenden Bevölkerung nichts Wesentliches mehr zu holen ist, so daß zuletzt nur noch die besitzenden Klassen in Frage kommen, die durch eine starke Belastung der Goldwerte den Zusammenbruch verhindern könnten. Sowielet steht schon heute fest, daß an dem Widerstand der besitzenden Klassen eine rationelle Erfassung der Goldwerte scheitern wird, so daß wir mangels der erforderlichen Mittel, unsere Wirtschaft erneut stützen zu können, dem Ruin mehr und mehr entgegengehen. Wir gehen an dem Klassenegoismus der Besitzenden zugrunde. Sie posen auf ihr Vinsengericht der Erstgeburt und fragen den Teufel danach, was aus dem deutschen Volke werden wird. Wenn daher Scheidemann von der Krisis spricht, in der wir uns befinden, dann sollte er als Volks-wirtschaftler und Sozialdemokrat bestrebt sein, das Heilmittel zu suchen, durch das der kranke Körper der Genesung entgegengehen kann. Es gibt aber nur ein Serum gegen den Klassenindividualismus der Besitzenden. Das ist die Zusammenfassung aller Pro-